

## Land-Liebe

### Grüne Perspektiven für ländliche Räume

Broschüre 16/104

Ländliche Räume sind attraktiv. Hier leben zwei Drittel der deutschen Bevölkerung, die deutlich mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Wertschöpfung erbringen. Mehr als 23 Millionen Arbeitsplätze tragen dazu bei.

Ebenso wichtig sind ländliche Regionen als Lebensräume für Tiere und Pflanzen, für geschützte Arten und Biotope. Nicht nur für gestresste Stadtmenschen sind sie als Rückzugs- und Erholungsorte unentbehrlich.

Vielfältig sind die ländlichen Räume in Deutschland von der bayerischen Oberpfalz über die Eifel bis hin zur brandenburgischen Uckermark. Zum ländlichen Raum gehört jedoch nicht nur das klassische Dorf mit seiner ortstypischen Umgebung, sondern auch eine Vielzahl von Kleinstädten, die durch ihr ländliches Umfeld wirtschaftlich und kulturell geprägt werden.

Genauso unterschiedlich sind auch die ländlichen Entwicklungsperspektiven. Vor allem im Süden der Republik geht es einigen Regionen richtig gut. Ihre Nähe zu urbanen Zentren oder eine starke Wirtschaft vor Ort geben ihnen Auftrieb. Andere Landstriche, vor allem im Osten und Norden Deutschlands, aber auch im Nordosten Bayerns und im Schwarzwald, haben dagegen mit einem zurückgehenden Arbeitsplatzangebot, mit der Abwanderung der BewohnerInnen und einem Verlust an Lebensqualität zu kämpfen. Diese Regionen verlieren zunehmend den Anschluss an Wohlstand und Wohlergehen. Verschärft wird dieser Trend durch die von der großen Koalition zu verantwortende starke Kürzung der Fördermittel für die ländlichen Räume auf EU-, Bundes- und Länderebene.

Um die ländlichen Regionen lebendig zu erhalten und zu stärken, müssen wir deshalb neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schaffen sowie die gewachsenen Naturlandschaften und ein attraktives Lebensumfeld auf dem Lande bewahren.

Der Maßstab für die Gestaltung der ländlichen Entwicklung ist für uns das Verfassungsziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Gleichwertigkeit bedeutet für uns, die Chance auf gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben in Form von Arbeitsplatz- und Einkommenschancen, politischen Beteiligungschancen, schulischen und beruflichen Ausbildungsangeboten sowie den Möglichkeiten zur beruflichen und persönlichen Qualifizierung. Denn bei allen Unterschieden zwischen dem Leben auf dem Land und dem Leben in der Stadt müssen die gesellschaftlichen und politischen Beteiligungschancen für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort gewährleistet sein.

Manche ländliche Region könnte heute besser dastehen, wenn sie ihr Entwicklungspotenzial genutzt hätte. Bund, Länder und Kommunen sind dafür mit verantwortlich. Kirchturmdenken, ineffiziente Konkurrenzen zwischen Kommunen, die einseitige Fixierung auf die Landwirtschaft und planlose Subventionen haben zukunftsfähige Entwicklungen vielerorts behindert. Wenn wir dem Land neue Perspektiven erschließen wollen, müssen wir unseren Blick auf das Ganze richten und vor allem auf Zusammenarbeit und Vernetzung setzen. Denn „große Brocken“ hebt man besser gemeinsam.

## Land-Arbeit

Wirtschaften und arbeiten im Einklang mit der Natur und gleichzeitig die Wirtschaftskraft ländlicher Regionen stärken, so dass sie ihren BewohnerInnen eine zukunftsfähige Lebensgrundlage bieten – das ist möglich, wenn wir

- kleine und mittlere Unternehmen stärken,
- ökologische Landwirtschaft fördern,
- die Erzeugung erneuerbarer Energien ausbauen,
- die Natur erhalten und sanften Tourismus entwickeln.

### Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Ländliche Regionen haben dann eine Zukunftsperspektive, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Zukunftsfähige Arbeitsplätze werden dort entstehen, wo innovative Umwelttechnologien, ressourcenschonende Produktionsverfahren und neue Wege der Vermarktung erdacht, entwickelt und angewandt werden. Die erneuerbaren Energien beispielsweise geben mittlerweile 215.000 Menschen Beschäftigung.

Das Rückgrat der ländlichen Wirtschaftsentwicklung bilden kleine und mittlere Unternehmen, die die Wertschöpfung in der Region halten. Die meisten Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren in der Dienstleistungsbranche entstanden. Was in der Industrie verloren ging, wurde hier längst ausgeglichen. Diese klein- und mittelständische Wirtschaft gilt es nach Möglichkeit zu fördern:

**Gründerbewegung:** Unternehmensgründungen wollen wir erleichtern und insbesondere Frauen einen besseren Start ermöglichen. Dazu ist eine deutliche Qualitätsverbesserung der Beratungsleistung, insbesondere für arbeitslose Existenzgründerinnen und -gründer, notwendig.

**Mikro- und Förderkredite:** Meist reichen für den Start schon weniger als 25.000 Euro, die man aber bei den Hausbanken nur selten bekommt. Deshalb wollen wir neue Mikrokredite entwickeln und einen verbesserten Zugang zu Förderkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sichern – ohne das Hausbankenprinzip grundsätzlich in Frage zu stellen.

**Personengesellschaften mit beschränkter Haftung (PmbH):** Mit ihnen wollen wir eine attraktive Alternative zur traditionellen GmbH schaffen, weil sie keine Kapitalgesellschaft voraussetzen, ohne Mindeststammkapital auskommen, die Haftungsbeschränkung wie bei der GmbH garantieren und gleichzeitig von der Gewerbesteuer befreit sind.

**Reform der Handwerksordnung:** Mit unserer Befreiung der Selbstständigkeit vom Meisterbrief-Zwang in zahlreichen Berufen, haben wir einen Handwerksboom ausgelöst. Über 40.000 Betriebe sind neu entstanden. Hier wollen wir weitermachen und auch bei den restlichen 41 Berufen wie MaurerInnen, MalerInnen und LackiererInnen den Meistervorbehalt streichen.

**Beschäftigungsfreundliches Steuerrecht:** Für kleine und mittelständische Betriebe ist ein einfaches und gerechtes Steuerrecht nötig, das sich nicht in erster Linie an den Bedürfnissen der Global Player orientiert. Deshalb lehnen wir die Pläne der großen Koalition ab, die degressiven Abschreibungen abzuschaffen und die Sofortabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter stark einzuschränken. Stattdessen wollen wir den Handlungsspielraum für mehr Beschäftigung erweitern: mit einer steuerfreien Gewinnrücklage, die an die Sicherung von Beschäftigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen gekoppelt ist. Steuerliche Förderung wollen wir auf lokale Gewerbetreibende und Handwerksbetriebe konzentrieren.

**Regionale Wirtschaftskreisläufe:** Ein Ziel grüner Wirtschaftsförderung ist es, das erwirtschaftete Geld in der Region zu halten. Entsprechend wollen wir mit Fördermitteln gezielt lokale Dienstleistungen und qualitätsorientierte Produktion vor Ort stärken. Dazu soll die Fördermittelvergabe an regionale Kooperationen, wie kommunale Zusammenarbeit und die Mitwirkung in regionalen Beschäftigungs- und Ausbildungspakten gekoppelt werden.

## Erzeugung erneuerbarer Energien ausbauen

Aus nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien lässt sich viel machen: Strom, Wärme, Sprit – vor allem aber noch erheblich mehr Arbeitsplätze und Gewinn für alle Beteiligten. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat Rot-Grün den Grundstein für ein enormes Wachstum dieser mittelständisch geprägten Branche gelegt. Auch den Kommunen kommt das über die Gewerbesteuererinnahmen zu Gute.

**Ein Beispiel:** Durchschnittlich 100.000 Euro Gewerbesteuer bringt im Verlauf von 20 Jahren eine Windkraftanlage pro Megawatt installierter Leistung für die Standortgemeinde.

Zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standbein für die Landwirtschaft ist die Bioenergieproduktion avanciert. Nachwachsende Rohstoffe sind gefragt und bieten den LandwirtInnen einen neuen Absatzmarkt.

Diese positiven Impulse werden durch das Biokraftstoffquotengesetz der großen Koalition gefährdet. Der Ersatz der Steuerbegünstigung für Biokraftstoffe durch ein System von Beimischungsquoten führt zu einer Verschiebung des Marktes zugunsten der großen Mineralölkonzerne und wird die Weiterentwicklung neuer Technologien zur Nutzung reiner Biokraftstoffe in Deutschland ausbremsen. Viele innovative kleine und mittlere Unternehmen, die hier bereits investiert haben, werden um ihre Planungssicherheit betrogen. Wir fordern, die Besteuerung von reinen Biokraftstoffen zurückzunehmen, damit den mittelständischen Unternehmen alternativ zur Vermarktung an die Mineralölkonzerne weitere Absatzwege offen stehen.

LandwirtInnen und Unternehmen, die in der Region und für die Region produzieren, sollen weiterhin von den erneuerbaren Energien profitieren.

Deren Nutzen könnte mit einem neuen Biogas-Einspeisegesetz und einem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz deutlich gesteigert werden. Auch die stoffliche Nutzung von Biomasse wollen wir vorantreiben.

Die hohe Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen ist positiv. Sie darf aber nicht zu Monokulturen oder zum Einsatz von Gentechnik führen. Wir setzen uns daher für eine nachhaltige Bioenergieproduktion mit einer international anerkannten Zertifizierung ökologischer und sozialer Standards ein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Forschung zum gemeinsamen Anbau von Nahrungs- und Energiepflanzen, zu Bioraffinerien, Ganzpflanzennutzung und Reststoffverwertung muss gefördert werden.

## Ökologische Landwirtschaft fördern

Die von Bündnis 90/Die Grünen eingeleitete Agrarwende trägt Früchte. Der Umsatz mit Bio-Produkten wächst seit Jahren zweistellig. Dem Preisdruck globaler Märkte kann man damit die Stirn bieten. Für viele bäuerliche Betriebe ist die Erzeugung von Bioprodukten und qualitätsvollen gentechnikfreien Lebensmitteln die einzige zukunftssichernde Perspektive. Als Jobmotor bringen ökologische Betriebe zudem mehr Arbeitsplätze aufs Land – sie beschäftigen im Schnitt ein Drittel mehr Menschen als die konventionellen.

Statt dieses schwingvolle Rad am Laufen zu halten, wirft Schwarz-Rot nun Sand ins Getriebe. In den vergangenen Jahren wurde die Umstellungsförderung für LandwirtInnen, die vom konventionellen Anbau auf den ökologischen umsatteln, zeitweise ausgesetzt und die Ökoprämie in nahezu allen Bundesländern gekürzt. Das bleibt für die Landwirtschaft nicht ohne Folgen. Die Anzahl der Ökobetriebe wächst deutlich langsamer als der Biomarkt und Marktanteile werden dank Schwarz-Rot an das Ausland abgegeben.

Wir fordern die Agrarwende fortzuführen. Die Bundesländer müssen die Fördersätze für den Ökolandbau anheben, damit Deutschland im europäischen Vergleich nicht auf einen der hinteren Plätze zurückfällt. Nur so können die gesellschaftlichen Leistungen, die der Ökolandbau in ökologischen und sozialen Bereichen erbringt, angemessen honoriert werden. Auch das Bundesprogramm Ökologischer Landbau, aus dem z. B. die für die Weiterentwicklung der Branche nötige Forschung finanziert wird, muss weitergeführt werden.

Aber auch die konventionelle Landwirtschaft muss ökologischer werden. Weltweit steigt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Biomasse, Markt und ErzeugerInnen stehen vor neuen Herausforderungen. Fördermittel sind daher grundsätzlich an Naturverträglichkeit, Ressourcenschonung, Klimaschutz und artgerechte Tierhaltung zu koppeln: Industrielle Massentierhaltung und Legebatterien darf es beispielsweise nicht mehr geben.

Gentechnikfreiheit ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für die deutsche Landwirtschaft. Rund 80% der KonsumentInnen lehnen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Das unter Rot-Grün verabschiedete Gentechnikgesetz bietet unter den aktuellen EU-Rahmenbedingungen den bestmöglichen Schutz.

Schwarz-Rot und die Bundesländer versuchen eine Lockerung zugunsten einiger weniger Gentech-Multis. Das lehnen wir kategorisch ab. Nur wenn wir unsere Landwirtschaft umfassend gegen gentechnische Verunreinigungen schützen, haben wir auch weiterhin echte Wahlfreiheit bei unseren Lebensmitteln.

### **Natur erhalten und sanften Tourismus entwickeln**

Intakte Natur ist ein kostbares Gut. Von ihr profitieren BewohnerInnen ländlicher Räume genauso wie Erholungssuchende. Darüber hinaus ziehen intakte Landschaften neue EinwohnerInnen und TouristInnen an. Umwelt- und Naturschutz wirken sich positiv auf die regionale Wirtschaftsentwicklung aus und schaffen Arbeitsplätze, wie eine Studie des Bundesamtes für Naturschutz belegt. Insbesondere der naturnahe Tourismus hilft, ländliche Regionen zu entwickeln. Neue Arbeitsplätze entstehen hier beispielsweise in der Gastronomie, Hotellerie und in Freizeiteinrichtungen.

Land- und Forstwirtschaft haben großen Einfluss auf die Gestalt unserer Kulturlandschaften. Deshalb sollten Beiträge, die die Landwirtschaft umweltverträglicher machen, honoriert werden. Dafür steht im Rahmen des Bund-Länder-Förderprogramms zur Verbesserung der Agrarstruktur (GAK) ein Angebot an Agrarumweltmaßnahmen bereit. In Hinblick auf ihre Effizienz bedürfen diese Maßnahmen jedoch dringend einer Überarbeitung.

Das zurzeit größte Naturschutzvorhaben in Europa ist die Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000. In Deutschland lässt vor allem die finanzielle Ausstattung für Natura-2000-Gebiete zu wünschen übrig. Die meisten Bundesländer finanzieren sie mehr schlecht als recht aus dem EU-Fonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER). Andere, finanziell besser ausgestattete EU-Fördertöpfe, werden hingegen nicht genutzt. Wir fordern, die ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

### **Land-Leben**

Natürlich wollen Frauen auf dem Land Familie und Beruf unter einen Hut bringen. Natürlich sollen die Kinder gute Schulen besuchen. Natürlich will man zum Einkaufen oder zur Post kurze Wege und abends auf den Tennisplatz oder ins Kino. Doch vielerorts sorgen strukturelle Fehlentscheidungen dafür, dass sich die Lebensbedingungen verschlechtern.

Wenn wir attraktive Lebensbedingungen auf dem Lande erhalten wollen, müssen wir die Versorgung der Menschen mit den Gütern des täglichen Bedarfs sicherstellen. Dazu gehören nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Einrichtungen, Schulen und Kindergärten, sondern auch die Versorgung aller Haushalte mit einer schnellen Internetverbindung und abwechslungsreichen Kultur- und Freizeitmöglichkeiten.

Ein vernünftiger Ansatz ist beispielsweise, Dienstleistungen und andere wichtige Einrichtungen wie Gesundheitszentren und Gemeinschaftsläden an einem gut erreichbaren Ort zu bündeln und gleichzeitig über das Internet verfügbar zu machen. Außerdem müssen diese durch mobile Angebote ergänzt werden. Nicht nur die BäckerInnen sollen mit dem Brotwagen übers Land fahren, sondern auch ÄrztInnen, die Bücherei, die Kommunalverwaltung und die Sparkasse. Dafür erwarten wir von Bund und Ländern die Förderung neuer Konzepte und Anschubfinanzierungen zu ihrer Umsetzung.

In manchen Regionen stimmen die Menschen mit den Füßen ab. Vor allem junge Leute und Familien kehren ihrer Heimat den Rücken, weil die Lebensbedingungen für sie nicht mehr stimmen. Wenn wir solchen Entwicklungen nicht tatenlos zusehen, bergen sie auch die Chance für neue Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Attraktivität alter Ortskerne wollen wir beispielsweise durch gezielte Dorfentwicklungsmaßnahmen steigern und gleichzeitig eine weitere Zersiedelung der Landschaft unterbinden. In diesem Zusammenhang muss auch ernsthaft und offen darüber diskutiert werden, dass Abwanderung in peripher gelegenen Regionen auch bedeuten kann, die Entwicklung von Siedlungen aufzugeben. Ähnlich den unter Rot-Grün aufgelegten Programmen „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“, die eine Stärkung der Innenstädte, die Reduzierung des Angebotsüberhangs an Wohnraum und die Aufwertung der von Schrumpfungsprozessen betroffenen Städte zum Ziel haben, müssen Bund und Länder ein Förderprogramm entwickeln, das den ländlichen Regionen eine sozialverträgliche Anpassung der Besiedlungsstruktur an die gegebenen Verhältnisse ermöglicht.

## **Bildungs- und Ausbildungschancen schaffen**

Bildung ist einer der wichtigsten Bausteine für eine gute Zukunft. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ unter Rot-Grün konnten seit 2003 mehrere Tausend Schulen ihre Infrastruktur verbessern und zum Beispiel Ganztagsangebote einführen oder ausbauen.

Zukunft, Bildung und Betreuung, das beginnt auch auf dem Land mit qualitätvollen Kindertagesstätten mit verlässlichen Betreuungszeiten für die Kleinsten. Auch ihre schulische Grundausbildung bis zur 9. oder 10. Klasse müssen Kinder in Wohnortnähe machen können. Die selbstständige, in der Region verankerte Schule ist zudem ein wichtiger Standortfaktor. In bevölkerungsarmen Gegenden werden Gemeinschaftsschulen den Bildungsauftrag am besten erfüllen. Sie können die individuelle Förderung verbessern, die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen und alle Abschlüsse bis zum Übergang in die Oberstufe abdecken.

Jahrgangsübergreifender und längerer gemeinsamer Unterricht sind Herausforderung und Chance, die es kreativ zu nutzen gilt. Kooperieren Schulen mit Trägern der Jugendarbeit, bieten sich vielfältigere Bildungschancen.

Welche Berufe braucht man vor Ort? Daran sollte sich das Ausbildungsangebot stärker orientieren. Ausbildungsgänge im Bereich erneuerbarer Energien, nachwachsender Rohstoffe, aber auch bei den traditionellen grünen Berufen in der Land- und Forstwirtschaft können Jugendlichen eine Zukunft in ihrer Region eröffnen.

## **Mobilität ermöglichen**

Auch Kinder, Jugendliche und Senioren haben ein Recht auf Mobilität. Deshalb ist der öffentliche Nahverkehr auf dem Lande unverzichtbar. Kürzungen bei Bus und Bahn lehnen wir ab. Den Neu- und Ausbau von Straßen in schrumpfenden Regionen kann man sich hingegen oft sparen. Sinnvoller ist es, bestehende Straßen zu erhalten und das gesparte Geld in Busse und Bahnen zu investieren. Angesichts der hohen Unterhaltungskosten von Straßen darf aber auch ein Rückbau kein Tabu sein. In schwächer besiedelten Gebieten können flexible Busangebote Kosten sparen helfen. Denn Rufbusse oder Anrufsammeltaxis ermöglichen Mobilität auch jenseits des Linienverkehrs.

## **Gesundheitliche und pflegerische Versorgung sichern**

Auf dem Dorf krank zu werden, kann doppelt unangenehm sein. Zu den gesundheitlichen Beschwerden kommt ein Problem hinzu: Wo ist die nächste Arztpraxis? Gerade HausärztInnen fehlen auf dem Land. Um dem Mangel abzuwehren, hat die rot-grüne Gesundheitsreform zum Beispiel materielle Anreize für Niederlassungswillige in unterversorgten Regionen gewährt. Das Sozialrecht wurde vereinfacht, damit können in einer Praxis weitere ÄrztInnen beschäftigt oder Filialen gegründet werden. Für eine flächendeckende Versorgung sind aber neue Strukturen unumgänglich. Dreh- und Angelpunkt ist eine verbesserte Zusammenarbeit der Gesundheits- und Pflegedienste. Einen Teil medizinischer Aufgaben könnten bei entsprechender Ausbildung auch die Heilberufe übernehmen.

Kleine Krankenhäuser auf dem Land können bestehen, wenn sie sich zu Versorgungszentren weiterentwickeln, in denen Krankenhaus- und niedergelassene FachärztInnen zusammenarbeiten. Mit der Unterstützung durch zentrale Großkrankenhäuser bei Diagnostik und Therapie können sie ein weites Feld medizinischer Leistungen abdecken.

Das deutsche Pflegesystem ist auf die Abwanderung junger Leute aus strukturschwachen Gebieten nur unzureichend eingestellt. Damit ältere Menschen auch dort möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können, muss die wohnortnahe Versorgung weiterentwickelt werden. Pflege soll sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren und zugleich erschwinglich sein. In einer Kombination aus professioneller, nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Hilfe kann das gelingen.

## **Land-Politik**

Wenn alle an einem Strang ziehen, lässt sich mehr bewegen. Deshalb setzen wir auf integrierte Entwicklungskonzepte, bei denen Wirtschaft, Verbände, Politik – eben alle in einer Region am runden Tisch sitzen. Solche Zusammenarbeit macht erfolgreich. Das von Renate Künast 2001 ins Leben gerufene Modell „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ liefert dafür eindrucksvolle Belege. 800 neue Vollzeitarbeitsplätze wurden geschaffen und 57 Millionen Euro an Folgeinvestitionen von privater Seite aus angeschoben. Damit ist REGIONEN AKTIV das effizienteste Förderprogramm in der ländlichen Entwicklung.

Wir wollen Fördermittel für die ländliche Entwicklung grundsätzlich auf der Grundlage solcher integrierter Entwicklungskonzepte vergeben. Dazu müssen Bund und Länder ihre Förderprogramme entsprechend ändern.

Außerdem wollen wir Fördermaßnahmen stärker miteinander abstimmen und verzahnen. Die effizientere und sparsamere Nutzung der Fördermittel lässt sich durch mehr Wettbewerb bei der Vergabe und eine wirkungsvolle Evaluation erreichen.

Gleichzeitig wollen wir mehr privates Kapital für die Entwicklung ländlicher Räume erschließen. Mit regionalen Entwicklungsfonds lassen sich private und öffentliche Gelder bündeln. Sie schaffen klare Rahmenbedingungen, um private Leistungen innerhalb von Förderprogrammen anzurechnen.

Als Dienstleister beim Knüpfen neuer Kooperationen sollen sogenannte RegionalmanagerInnen behilflich sein. Um Entscheidungen „von unten“ zu stärken, wollen wir mehr Verantwortung für Finanzen und Verwaltung auf die lokale Ebene übertragen.

Klar ist aber auch: Die integrierte ländliche Entwicklung wird nur dann zu einem Erfolg, wenn die Förderpöfpe für den ländlichen Raum ausreichend ausgestattet sind. Die Bundesregierung darf nicht weiter als Bremser auftreten, wenn die EU-Kommission landwirtschaftliche Direktzahlungen zugunsten der ländlichen Räume umverteilen will. Und auch Bund und Bundesländer müssen ihren Teil beisteuern.

## **Kommunen stärken – regionale Kooperation fördern**

Warum alles doppelt, aber nichts gescheit machen? Ein Zauberwort heißt Kooperation, also mehr Zusammenarbeit zwischen Städten und Dörfern. Statt Rivalitäten zu pflegen, gilt es Infrastruktur, Gewerbeansiedlung und Institutionen neu zu sortieren und geschickt auf die Region zu verteilen. Kooperationen bei der Energie- und Wasserversorgung erhöhen die Versorgungssicherheit, verbessern die kommunalen Einnahmen und halten das Geld in der Region. Mit der Vergabe von Fördermitteln und mit Wettbewerben wollen wir dazu Anreize setzen.

Starke Kommunen brauchen kommunale Gebietsgrenzen mit realistischen Entwicklungschancen. Unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sollten sich Städte und Gemeinden um effizientere Gebiets- und Regionszuschnitte bemühen. Bei der Gelegenheit lassen sich auch Behördenstrukturen modernisieren. Bürgerbüros, für alle gut erreichbar, können zum Beispiel die Außenfunktionen der verschiedenen Ämter übernehmen.

Um die finanzielle Basis der Kommunen zu verbessern, schlagen wir vor, die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer weiterzuentwickeln. Eine ökologische Lenkungswirkung und mehr Steuergerechtigkeit wollen wir mit einer Reform der Grundsteuer erreichen. Aktualisierte Bodenrichtwerte und die Flächeninanspruchnahme müssen als Bemessungsgrundlage dienen. Das stärkt die Kommunen und wirkt insbesondere der Zersiedelung entgegen.

## **Bürgerschaftliches Engagement unterstützen**

Wie ist es eigentlich um das öffentliche Leben, den Gemeinsinn bestellt? Mit Anderen oder für Andere etwas unternehmen – das tut man traditionell organisiert in Vereinen, Verbänden und den politischen Parteien. Doch diese melden eher sinkende Mitgliederzahlen und Wahlmüdigkeit. Vielleicht haben sich diese Organisationsformen überlebt? Wir jedenfalls verstehen die-se Signale als Aufforderung, neue Formen der Beteiligung zu entwickeln. Bürgerbegehren und -entscheide, oder auf kommunaler Ebene Bürgerhaushalte, eröffnen solche Möglichkeiten, Einfluss und Verantwortung zu übernehmen. Kindern und Jugendlichen kann man zum Beispiel in Jugendparlamenten eine Stimme geben. Dorfentwicklungspläne oder -vereine beziehen Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung ihrer eigenen Belange ein. Wo BürgerInnen ernst genommen werden, haben Resignation, Abwanderung und Rechtsextremismus kaum Chancen.

Manches, was Städte und Gemeinden nicht leisten können oder wollen, nehmen ihre BürgerInnen selbst in die Hand. Viele soziale oder kulturelle Projekte leben von diesem Einsatz. Bürgerschaftliches Engagement und professionelle Strukturen können sich gut ergänzen. Allerdings ist Engagement zum allgemeinen Nutzen kein Freibrief, um professionelle Infra-struktur und staatliche Verantwortung herunterzufahren. Bürgerschaftliches Engagement will gefördert und gepflegt werden: durch Dialog, die Beteiligung an politischen Entscheidungen, durch Fortbildungsangebote und nicht zuletzt durch Anerkennung. Wir wollen deshalb Anlaufstellen wie zum Beispiel Freiwilligenbüros aufbauen und mit professioneller Beratung und Fortbildungsangeboten vernetzen. Um Projekte zu unterstützen, sind auch kleinteilige Anschubfinanzierungen sinnvoll sowie Raumangebote und die Absicherung von Risiken.

Die Vergabe von Fördermitteln wollen wir stärker an Bürgerbeteiligungen knüpfen, wie es zum Beispiel beim Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ praktiziert wird. Auch bei Förderprogrammen auf europäischer Ebene wollen wir diese Richtung einschlagen.

## **Noch Fragen?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Cornelia Behm MdB, Sprecherin für Agrarpolitik,  
Sprecherin für Waldpolitik, ländliche Räume und regionale Wirtschaftspolitik  
Arbeitskreis 2: Umwelt, Verbraucher und Verkehr  
11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552  
info@gruene-bundestag.de

## **Zum Weiterlesen:**

Ländliche Räume entwickeln – Fraktionsbeschluss (Reader 16/61)  
GRÜNdungsförderung in Ostdeutschland (Reader 16/84)  
Kommunen stärken (Reader 16/25)  
Wer sind wir morgen – Demografischer Wandel als Chance (Faltblatt 16/27)  
Mega-Mast (Faltblatt 16/13)  
Los bei Grün! Verkehrspolitik für morgen (Broschüre 16/67)

## **Links zum Thema:**

[www.modellregionen.de](http://www.modellregionen.de)  
[www.leaderplus.de](http://www.leaderplus.de)  
[www.reginet.de](http://www.reginet.de)

## **Bundestagsdrucksachen:**

16/5503 Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe Entwicklung der ländlichen Räume ausbauen (Antrag)